

# Eine Frage der Würde

Umgang mit enteigneter Kunst erfordert Transparenz: Eine Antwort auf Bernd Schultz / Von Georg Heuberger

In der Frankfurter Wohnung des Ehepaars Ludwig und Rosy Fischer hingen dicht an dicht Gemälde und Zeichnungen der heute hochgeschätzten expressionistischen Künstler: Kirchner, Heckel, Pechstein, um nur einige Künstler aus der fünfhundert Stücke umfassenden Kollektion zu nennen. Sie war zu einer Zeit zusammengestellt worden, als der Expressionismus noch keine allgemeine Anerkennung gefunden hatte. Über viele Jahre blieben solche Sammler und die mit ihnen verbundenen Kunsthändler in Vergessenheit, weil sie von den Nazis als Juden verfolgt, ins Exil getrieben oder ermordet wurden. Die 1990 im Jüdischen Museum Frankfurt gezeigte Ausstellung „Expressionismus und Exil“ setzte hier ein Gegengewicht.

Ohne die Berücksichtigung des Beitrags von Sammlern wie Ismar Littmann (Breslau), Alfred Hess (Erfurt) oder eben Ludwig und Rosy Fischer bliebe eine Darstellung des Expressionismus und seiner Anerkennung unvollständig. Ebenso dürfen Kunsthändler wie Bruno Cassirer (Berlin), Alfred Flechtheim (Berlin) oder Ludwig Schames (Frankfurt) in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Diese Menschen wurden von den Nazis als „Juden“ denunziert, und deren Verdienste sollten nach 1933 geleugnet werden. Ebenso wie die Werke der expressionistischen Künstler als „entartete Kunst“ aus den Museen beschlagnahmt und teils gegen Devisen verkauft und teils vernichtet wurden.

Es ist erstaunlich, dass im Beitrag von Bernd Schultz, dem Chef der Villa Grisebach, der mit der Autorität eines Zeitzeugen auftritt, dieser Aspekt völlig ausgeblendet bleibt. Seine Darstellung stützt sich auf Erinnerungen, in der offenbar keine jüdischen Museumsdirektoren, keine emigrierten Kunstsammler, keine verfolgten jüdischen Künstler mehr vorkommen. Wie kann es sein, dass die Verfolgten unerwähnt bleiben und stattdessen die deutschen Museen als erste Opfer der Nazi-Barbarei erscheinen?

Die Restitution des Kirchner-Gemäldes „Berliner Straßenszene“ an die Erbin der verfolgten Familie lehnte Bernd Schultz, der sich als Kunsthändler auf expressionistische Werke spezialisiert hat, bereits im vergangenen Jahr lautstark ab. Auf das Stammtischniveau in der Argumentation seines letzten Beitrags kann ich ihm jedoch nicht folgen. Wichtig erscheint mir hingegen sein Rekurs auf den Wiederaufbau nach der Befreiung und der „Wiedergewinnung von Würde für Deutschlands Kultur“. Die Verdienste der Nachkriegsmuseumsdirektoren für den Wiederaufbau der Mu-

seen will niemand bestreiten. Doch bleibt zu fragen, wie ein Neuanfang geschaffen und auf welche Weise Verantwortung für die an Juden begangenen Verbrechen übernommen wurde. Die Wiedergutmachungsgesetze der alliierten Militärrichtungen wie auch die Regelungen der Bundesrepublik haben wesentliche Rückerstattungen und Entschädigungen ermöglicht.

Der Wiederaufbau der deutschen Museen in der Nachkriegszeit war mit vielen Problemen konfrontiert. Wenn damals Museumsdirektoren wie Redslob, Reidemeister, Heise oder Hentzen sich nicht mit der Erforschung der Provenienzen der in ihren Häusern aufbewahrten Kunstwerke beschäftigten, so ändert dies nichts an der Notwendigkeit von Provenienzforschung. Die Recherche der Provenienzen gehört zum kunsthistorischen Standard und zum selbstverständlichen Handwerkszeug jedes Museumskustoden.

Die Würde für Deutschlands Kultur kann nur durch einen würdevollen Umgang mit den ehemals Verfolgten wiedererlangt werden. Hierzu gehört ohne Zweifel die Rückgabe geraubter Kulturgüter.

**Am Fall der Rückgabe von Kirchners „Berliner Straßenszene“ hat sich eine Debatte entwickelt. Georg Heuberger, Repräsentant der Jewish Claims Conference, antwortet jetzt dem Kunsthändler Bernd Schultz, der am 10. Januar in dieser Zeitung die deutsche Restitutionspraxis kritisiert hatte.**

Nur durch intensive Provenienzforschung werden Restitutionen ermöglicht – eine notwendige Voraussetzung für die wiederzuerlangende Würde.

Es ist ein Erfolg, wenn die Washingtoner Konferenz von 1998 und die gemeinsame Erklärung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden aus dem folgenden Jahr bewirkt haben, dass Provenienzforschung als wichtige und notwendige Aufgabe aller Museen wahrgenommen wird. In Deutschland gibt es darüber kein „grobes Missverständnis“ – es ist vielmehr festzustellen, dass die Provenienzforschung in Deutschland im internationalen Vergleich noch verstärkt umgesetzt werden müsste. In der Regel werden nur die öffentlichen Museen, Bibliotheken und Archive in diesem Zusammenhang als Adressaten genannt; aber auch den Kunsthandel sehe ich hier in der Pflicht.

Es bedarf insgesamt mehr an Transparenz und Öffentlichkeit anstelle von Abwehr und Kampf, um die Probleme mit der Restitution von verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerken zu bewältigen. Transparenz und Öffentlichkeit bedeuten für mich auch die Veröffentlichung der Ergebnisse (auch vorläufiger) der jeweiligen Recherchen. Ich denke dabei gerade an jene Museen, die sich bisher nicht oder nur unvollständig um die „eigene Geschichte“ (so der Titel einer Hamburger Tagung im Jahr 2002 zur Provenienzforschung in Deutschland) gekümmert haben.